



Castrop-Rauxel
Europastadt im Grünen

Der Bürgermeister

Bereich: Finanzen
Az: 20-11-20
Datum: 18.06.2013

2013/138
öffentlich

Sitzungsvorlage

Beratungsfolge	Datum	TOP-Nr.
Haupt- und Finanzausschuss	02.07.2013	5
Rat der Stadt	04.07.2013	3

Betreff

Finanzcontrolling: Unternehmensbericht Stand 20.05.2013

Finanzielle Auswirkungen

☒ keine haushaltsmäßige Berührung

☐ Auswirkungen siehe Sachverhalt

Beschlussvorschlag

Der Rat nimmt den Unternehmensbericht zum Finanzcontrolling Stand 20.05.2013 zur Kenntnis.

Beisenherz
Bürgermeister

Tesch
Stadtkämmerin

Sachverhalt

Zum Finanzcontrolling Stand 20.05.2013 für das Gesamtunternehmen Stadtverwaltung Castrop-Rauxel wurden von den Fachbereichen für die jeweiligen **Teilergebnishaushalte Verschlechterungen** in Höhe von **insgesamt 1.801.495 €** gemeldet. Der beigefügten Anlage 1 kann entnommen werden, in welcher Höhe Veränderungen bei einzelnen Produktgruppen zu diesem Ergebnis beigetragen haben.

Die Verschlechterungen gegenüber der Planung resultieren insbesondere aus folgenden Veränderungen:

Personalaufwendungen

Die Verwaltung prognostiziert bei den Personalkosten gegenüber der Planung aktuell eine Verbesserung in Höhe von 244.965 €. Ursächlich hierfür sind insbesondere Minderaufwendungen im Beschäftigtenbereich.

Produktgruppe 61.01 (Allgemeine Finanzwirtschaft)

Wesentlich ist hier eine sich abzeichnende Verschlechterung bei den Erträgen aus der Gewerbesteuer in Höhe von 500.000 €. Dem stehen Minderaufwendungen bei der von der Stadt an das Land zu zahlenden Krankenhausinvestitionsumlage (5.000 €) sowie bei „Sonstigen betrieblichen Steueraufkommen“ (7.840 €) entgegen. Insgesamt ergibt sich für die Produktgruppe 61.01 somit eine Verschlechterung in Höhe von 487.160 €.

Produktgruppe 12.10 (Ausländerwesen)

Sowohl der Haushaltsplan als auch der Haushaltssanierungsplan für das Jahr 2013 gehen von Erstattungsleistungen der Stadt Waltrop im Rahmen der angestrebten Wahrnehmung von Aufgaben durch die Stadt Castrop-Rauxel für die Stadt Waltrop aus (120.000 €). Die Übernahme der Aufgabenleistung setzt eine Genehmigung durch das Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen voraus, die bislang noch nicht vorliegt. Der Bereich Einwohner- und Ausländerwesen geht nicht davon aus, dass die für 2013 geplanten Erträge noch realisiert werden können.

Produktgruppe 31.04 (Leistungen an Flüchtlinge)

Die Verwaltung geht hier von zusätzlichen Erträgen bei den Erstattungen durch das Land Nordrhein-Westfalen in Höhe von 110.000 € aus.

Produktgruppe 12.16 (Gefahrenvorbeugung)

Nach Mitteilung der Feuerwehr kommt es hier voraussichtlich zu Mindererträgen bei der Position „Gebühren vorbeugender Brandschutz“ in Höhe von rd. 25.000 €. Ursächlich hierfür ist ein langfristiger Personalausfall.

Produktgruppe 42.01 (Bereitstellung und Betrieb von Sportanlagen)

Der Bereich Sport und Bäder hat mitgeteilt, dass bei den Entgelten für die Benutzung der städtischen Sportplätze und Sporthallen gegenüber der Haushaltsplanung ein Minderertrag in Höhe von 50.000 € prognostiziert wird. Die Mindererträge resultieren zum Einen aus einem Mitgliederrückgang bei den Castrop-Rauxeler Sportvereinen und dadurch bedingten geringeren Pauschalentgelten, zum Anderen aus der Verminderung von Nutzungszeiten insbesondere der Sporthallen. Für Kinder und Jugendliche werden aufgrund der politischen Beschlusslage des Rates geringere Nutzungsentgelte erhoben.

Produktgruppe 36.01 (Förderung von Kindern in Tagesbetreuung)

Der Bereich Kinder- und Jugendförderung, Schule prognostiziert für die Produktgruppe 36.01 insgesamt eine Verbesserung in Höhe von 50.000 €. Zwar geht der Bereich von deutlichen Mehraufwendungen bei den Positionen „Zuwendungen und Zuschüsse an freie Träger von Tageseinrichtungen für Kinder“ und „Kosten der Tagespflege“ aus; gleichzeitig ist aber von Mehrerträgen bei den Elternbeiträgen (Kindergartenbeiträge) und insbesondere bei den „Zuwendungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke vom Land“ auszugehen. Bei letzterer Position werden aufgrund des Belastungsausgleichsgesetzes und erhöhter Zuschüsse zu den Kindpauschalen nach dem Kinderbildungsgesetz Mehrerträge von rd. 1.000.000 € erwartet.

Produktgruppe 36.02 (Kinder- und Jugendarbeit)

Durch Minderaufwendungen bei der „Stadtteilorientierten Projektarbeit“ (10.000 €) und „Besonderen Fördermaßnahmen in der OGS“ (30.000 €) zeichnen sich hier Verbesserungen in Höhe von insgesamt rd. 40.000 € ab.

Produktgruppe 36.04 (Hilfen zur Erziehung)

Die Verwaltung geht gegenüber der Haushaltsplanung aktuell von einer Verschlechterung in Höhe von insgesamt 1.271.800 € aus. Es handelt sich hierbei um eine „Nettoverschlechterung“. Tatsächlich werden vom Bereich Jugend und Familie Verschlechterungen in Höhe von insgesamt 1.809.000 € prognostiziert. Gleichzeitig kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt von Minderaufwendungen und Mehrerträgen in Höhe von insgesamt 537.200 € ausgegangen werden. Die Verschlechterung beläuft sich somit netto auf 1.271.800 €.

Wesentliche Verschlechterungen bzw. Mehraufwendungen sind insbesondere zu nennen bei den Hilfearten „Sozialpädagogische Familienhilfe“ (376.000 €), „Eingliederungshilfe für seelisch Behinderte“ (416.100 €), „Lfd. Leistungen für Kinder und Jugendliche in Heimerziehung“ (578.700 €) und „Lfd. Leistungen für Volljährige in Heimerziehung“ (90.800 €). Darüber hinaus prognostiziert der Bereich Jugend und Familie erhebliche Mehraufwendungen bei den „Erstattungsleistungen an Gemeinden und Gemeindeverbände“ (347.400 €).

Minderaufwendungen werden hingegen erwartet bei den „Lfd. Leistungen für Minderjährige in Vollzeitpflege“ (153.000 €), „Lfd. Leistungen für Volljährige in Vollzeitpflege“ (16.100 €), „Individualmaßnahmen“ (151.100 €) und den „Lfd. Aufwendungen für den gemeinsamen Unterhalt von Müttern, Vätern und Kindern“ (217.000 €).

Produktgruppe 31.10 (Jobcenter – Vestische Arbeit)

Hier geht die Verwaltung aktuell von Mehrerträgen bei den Personalkostenerstattungen durch das Jobcenter des Kreises Recklinghausen in Höhe von rd. 100.000 € aus.

Produktgruppe 31.05 (Hilfen bei Einkommensdefiziten, Unterstützungsleistungen, Existenzsicherung)

Der Bereich 58 prognostiziert hier aktuell eine Verschlechterung in Höhe von insgesamt 74.000 €. Davon entfallen 70.000 € auf Mindererträge bei den Erstattungen für Personal- und Sachaufwendungen für das Bildungs- und Teilhabepaket.

Produktgruppe 11.13 (Grundstücks- und Gebäudemanagement)

Das Immobilienmanagement geht davon aus, dass es bei den Erträgen aus Mieten und Pachten gegenüber dem Planansatz zu einer Verschlechterung in Höhe von 495.744 € kommen wird. Ursächlich hierfür ist die aktuell geringe gewerbliche Nachfrage nach

ehemaligen Schulgebäuden. Darüber hinaus prognostiziert das Immobilienmanagement bei der Position „Ersatz, Erstattungen, Rückzahlungen“ einen Minderertrag in Höhe von rd. 70.000 €.

Als wesentliche Verbesserung wird für die Produktgruppe 11.13 ein Mehrertrag bei den „Einnahmen aus Erbbaurecht und Erbpacht“ in Höhe von 27.000 € erwartet.

Produktgruppe 11.14 (Technisches Immobilienmanagement)

Das Immobilienmanagement erwartet hier eine Verbesserung in Höhe von insgesamt 86.000 €. Ursächlich hierfür sind Minderaufwendungen bei den Positionen „Sanierung Kessel und Regelanlage Janusz-Korczak-Gesamtschule“ (205.000 €) und „Unterhaltung der Grundstücke und baulicher Anlagen“ (7.000 €) sowie Mehraufwendungen für notwendige Umbaumaßnahmen im Rahmen der Errichtung einer Sekundarschule“ (126.000 €).

Die Veränderungen in den **Teilfinanzhaushalten** entsprechen grundsätzlich den oben näher beschriebenen Änderungen in den Teilergebnishaushalten. Lediglich bei den Produktgruppen 61.01 (Allgemeine Finanzwirtschaft), 31.01 (Hilfen im Alter, bei Krankheit, Behinderung und Pflegebedürftigkeit) und 54.01/54.02 (EUV / ehemaliger Bereich Tiefbau) weichen die Werte voneinander ab. Begründet sind diese Abweichungen im Wesentlichen durch Verschlechterungen im investiven Bereich, die sich ausschließlich auf den Finanzplan auswirken und den Ergebnisplan nicht unmittelbar berühren.

Bei der **Produktgruppe 61.01 (Allgemeine Finanzwirtschaft)** zeichnet sich gegenüber der bisherigen Planung eine **Verschlechterung** bei den „Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen unbebauter Grundbesitz“ **in Höhe von 375.000 €** ab. Die tatsächliche Bewirtschaftung der Buchungsstelle erfolgt durch den Bereich Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung.

Der Fachbereich hat zum aktuellen Finanzcontrolling mitgeteilt, dass eine geplante investive Einzahlung in Höhe von 375.000 € voraussichtlich nicht realisiert werden kann. Die Verwaltung wird investive Mittel der Investitions-Dringlichkeitsliste 2013 in entsprechender Höhe zunächst sperren. Sofern und soweit die derzeit prognostizierten Mindereinzahlungen doch noch realisiert bzw. durch andere investive Einzahlungen kompensiert werden können, sind die zunächst gesperrten Mittel wieder zur Verfügung zu stellen.

Bei der **Produktgruppe 31.01 (Hilfen im Alter, bei Krankheit, Behinderung und Pflegebedürftigkeit)** kommt es in 2013 zu einer Auszahlung in Höhe von **4.500 €**, die entsprechenden Aufwendungen sind jedoch dem Jahr 2012 zuzuordnen. In 2012 waren entsprechende Haushaltsmittel auch planmäßig vorgesehen. Da die Auszahlung jedoch erst in 2013 erfolgte und für den Finanzplan das Kassenwirksamkeitsprinzip gilt, kommt es hier voraussichtlich zu einem **Finanzierungsmehrbedarf** in entsprechender Höhe.

Bei der **Produktgruppe 54.01 (EUV, ehemaliger Bereich 66)** werden aktuell **Verschlechterungen** bei den investiven Einzahlungen in Höhe von insgesamt **240.000 €** erwartet. Zwar kommt es bei einzelnen Maßnahmen zu Mehreinnahmen, bei der Maßnahme „Vinckestraße“ zeichnen sich für 2013 jedoch investive Mindereinzahlungen von mehr als 300.000 € ab.

Um die Straßenbaumaßnahme „Vinckestraße“ im notwendigen Umfang dennoch in 2013 als ausfinanziert darstellen zu können, ist es erforderlich, dass investive Auszahlungsansätze der Investitions-Dringlichkeitsliste 2013 in entsprechender Höhe gesperrt werden. Die Verwaltung prüft derzeit, welche investiven Maßnahmen bzw. Auszahlungen in diesem Kontext zurückgestellt werden können bzw. welche investiven Auszahlungsbedarfe reduziert werden müssen. Die Verwaltung wird den Rat zeitnah über entsprechende „Kompensationslösungen“ informieren.

Insgesamt betrachtet ergibt sich aus den Meldungen der Fachbereiche für die **Teilfinanzhaushalte** des Gesamtunternehmens Stadtverwaltung Castrop-Rauxel eine **Verschlechterung** in Höhe von **2.420.995 €**.

Gleichwohl geht die Verwaltung – insbesondere auf Grundlage von Erfahrungswerten aus der Vergangenheit und der Tatsache, dass das Konsolidierungsziel für das Jahr 2012 „übererfüllt“ wurde – zum gegenwärtigen Zeitpunkt davon aus, dass die von den Bereichen gemeldeten Verschlechterungen im Rahmen des Gesamthaushaltes bis zum Ende des Haushaltsjahres 2013 kompensiert werden können. Aus diesem Grund wurden in der beigefügten Anlage 1 in der Zeile „Prognose inklusive Gegensteuerungsmaßnahmen“ sowohl für den Ergebnis- als auch für den Finanzhaushalt **keine** Verschlechterungen ausgewiesen.

Von der formalen Verhängung einer Haushaltssperre im Sinne des § 24 GO NRW wird zum gegenwärtigen Zeitpunkt abgesehen. Dessen ungeachtet wurden die Bereiche darüber in Kenntnis gesetzt, dass bei der Vergabe von Aufträgen und Anweisung von Auszahlungen die restriktiven Bestimmungen des § 82 GO NRW über die vorläufige Haushaltsführung sinngemäß anzuwenden sind. Dies bedeutet, dass die Bereiche Aufwendungen nur entstehen lassen und Zahlungen leisten dürfen, zu denen die Stadt Castrop-Rauxel rechtlich verpflichtet ist oder die für die Weiterführung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar sind.